



HEINRICH BÖLL STIFTUNG

POLITISCHER JAHRESBERICHT

Mitte 2003 bis Mitte 2004

Büro Brüssel

Index

1. Zusammenfassung

2. Zentrale Entwicklungen des vergangenen Jahres. Rückblick auf die politische Situation in der Region aus der Perspektive der Heinrich-Böll-Stiftung

- Die EU-Erweiterung
- Capacity Building Programm für MOE-Beitrittsländer
- Strukturfonds
- Die Wahlen zum Europäischen Parlament
- Der Verfassungsvertrag
- Die Wahl des neuen Kommissionsvorsitzenden und die neue Kommission
- EU-Präsidentschaften und neuer Ministerrat
- Europäische Sicherheitsstrategie, Konsequenzen des Irak-Kriegs und Zukunft der transatlantischen Beziehungen
- Die Europäische Nachbarschaftspolitik
- Der Kommissionsbericht zur Türkei
- Der Stand der Verhandlungen mit Rumänien, Bulgarien, Kroatien und Mazedonien
- Cancún
- Neue Vorschläge der EU
- Außenbeziehungen
- Europa Mittelmeer Partnerschaft (EMP)
- Beziehungen EU–Lateinamerika

3. Ausblick

- Die Verfassung
- Fortsetzung der Erweiterung
- Niederländische EU-Ratspräsidentschaft
- Mercosur
- Europa-Mittelmeer Partnerschaft
- Nach Cancún
- Die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung in der Region

Anhang I: Was passierte wann?

Anhang II: Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung zu den Schwerpunktthemen der Stiftung sowie zu den Programmschwerpunkten

Anhang III: Publikationen

1. Zusammenfassung

Die letzten zwölf Monate dürften in der Geschichte der Europäischen Union einmalig gewesen sein: mit der Erweiterung der EU am 1. Mai 2004 um zehn neue Mitgliedstaaten, vor allem aus dem früheren sowjetischen Einflussbereich, wurde die Spaltung Europas in Ost und West endgültig überwunden. Zum ersten Mal auch hat die EU eine Verfassung, die nach der gescheiterten Brüsseler Regierungskonferenz am Jahresende, auf dem Brüsseler Gipfel vom 18. Juni gebilligt wurde. Trotz aller Kritik, die man an der endgültigen Fassung haben kann, ist dies ein bedeutender Schritt vorwärts. Auch wenn die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 vor allem in den neuen Ländern auf keine allzu große Begeisterung gestoßen sind, muss die Chance, den Europagedanken den Bürgern und Bürgerinnen näher zu bringen und die Rolle Europas in der Welt weiter zu definieren, genutzt werden. Mit der Ernennung der neuen Kommissionsmitglieder, der Wahl des Kommissionsvorsitzenden und der Ernennung Javier Solanas zum neuen Außenminister der EU sobald der Verfassungsvertrag in Kraft tritt, sind die Weichen für die zukünftigen Aufgaben gestellt. Trotz des europäischen Zerwürfnisses über den Irak-Krieg, gibt es auch für die Verwirklichung der gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) neue Ansätze, sowohl im Verfassungsvertrag als auch durch die Annahme der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) und der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP). In der ESS liegen ebenfalls Anknüpfungspunkte für die Neugestaltung des transatlantischen Verhältnisses. Wichtig für die Zukunft der EU sind weiterhin die Entscheidung über die Beitrittsverhandlung mit der Türkei, die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und Mazedonien, sowie die Weiterführung der Verhandlungen mit Rumänien und Bulgarien.

2. Zentrale Entwicklungen des vergangenen Jahres

Rückblick auf die politische Situation in der Region aus der Perspektive der Heinrich-Böll-Stiftung

Die EU-Erweiterung

Am 1. Mai 2004 traten zehn neue Staaten der Europäischen Union bei: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern. Durch die Ablehnung des Annan-Plans für die Wiedervereinigung von Zypern durch die griechisch-zyprischen Bevölkerung, wurde vorläufig nur der griechische Teil Zyperns in die EU aufgenommen. Hiermit wurde ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen, der so schnell wie möglich aus der Welt geschafft werden muss.

Für den Bereich der GASP ist die (Ost)erweiterung nicht unkompliziert. Während die 15 Nationen des „alten Europas“ „postsouverän“ orientiert sind, hängen vor allem die neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten noch an der gerade wiedergewonnenen Souveränität, was sich deutlich in der Haltung zum Irak-Krieg manifestierte. Die Handlungsfähigkeit der EU im Rahmen der GASP dürfte daher auf jeden Fall vorübergehend beschränkt sein.

Capacity Building Programm für MOE-Beitrittsländer

Mit dem Beitritt acht mittel- und osteuropäischer Länder zur EU kommen neue Herausforderungen sowohl auf die neuen als auch auf die alten Mitglieder der Gemeinschaft zu. Rechtliche, institutionelle und finanzielle Veränderungen haben dabei Auswirkungen auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Bereiche wie Umwelt, Beschäftigung, Handel, Medien und damit auch auf demokratische Bürgerrechte, Globalisierungsprozesse usw. Für die Organisationen und politischen Gruppen, die an der Gestaltung der Zivilgesellschaft in diesen Ländern mitwirken, gilt es sozialpolitische Positionen und Ziele zu bestimmen sowie Rollen und Aufgaben zu definieren, um sich aktiv in die Veränderungsprozesse einschalten zu können. Auch das Konzept „Zivilgesellschaft“, das für die Verwirklichung demokratischer, pluralistischer und gleichberechtigter Werte in einer Gemeinschaft steht, gilt es zu fördern und zu stärken. Die Beitrittsländer aus MOE verfügen nicht über eine Tradition der zivilgesellschaftlichen Einflussnahme und die „Angst“ vor den Obrigkeiten ist gerade in den Altersstufen der über-30-jährigen noch immer präsent.

Viele BürgerInnen der neuen Beitrittsländer wissen wenig bis nichts über die EU, ihre Politiken, ihre Funktionen und lehnen den Beitritt zur EU nach wie vor ab, was sich deutlich in den katastrophalen Wahlergebnissen der MOE-Länder zu Wahl des Europäischen Parlaments zeigte. Als Teil der EU haben die Mitgliedsländer jedoch auch einen wesentlichen Einfluss auf globale Politiken, die mit zentralen Kriterien wie nachhaltige Entwicklung, Menschenrechte, Geschlechterdemokratie, Sicherheit usw. verbunden sind.

Ein politisches Ziel sollte sein, politisch Aktiven aus Nichtregierungsorganisationen und Mitgliedern der Grünen Parteien die EU-weiten Entscheidungsprozesse sichtbar zu machen und diese Prozesse in nationale sowie internationale Zusammenhänge einzubinden. Sie sollten mit den Innen- und Außenpolitiken der EU vertraut gemacht werden, um Entscheidungen und Entwicklungen in einem zivilgesellschaftlichen Sinne zu beeinflussen sowie um als MultiplikatorInnen in ihrer jeweiligen Heimatländern zu fungieren.

Strukturfonds

Struktur- und Kohäsionsfonds (SF/CF) sind der zweitgrößte Posten im EU-Budget. Mit dem Beitritt der MOE-Staaten zur Europäischen Union werden auch diese nun von den SF und CF profitieren. Diese Fonds sind eine immense finanzielle Unterstützung und werden auf die Entwicklungen im wirtschaftlichen, sozialen und im Umweltbereich Einfluss haben (z.B. durch den Bau von Straßen, Autobahnen, Schienennetzen, Kläranlagen etc.)

Gerade in den MOE-Staaten geht die wirtschaftliche Entwicklung nicht einher mit Ökologie und Nachhaltigkeit. Die Erfahrungen der Umwelt-NGOs im Rahmen der „pre-accession funds“ haben bereits gezeigt, dass viele Projekte zur wirtschaftlichen Förderung ohne Rücksicht auf Umwelt oder Biodiversität durchgeführt wurden, sowie in einzelnen Ländern nicht-partizipativ und oft korrupt gehandelt wurde. Ein effizienter und nachhaltiger Gebrauch der SF/CF sollte daher Priorität für die Bevölkerung der MOE-Staaten und für die EU haben.

Die Zivilgesellschaft spielt eine wichtige Rolle zur Sicherstellung des nachhaltigen und ordnungsgemäßen Gebrauchs der Fonds. Dies beinhaltet die Verhinderung von umweltzerstörenden Projekten, den Kampf gegen Korruption, Unterstützung bei Anträgen, das Monitoring der Einhaltung der EU-Vorgaben und die Sicherstellung transparenter und demokratischer Entscheidungsprozesse. Zudem sollte versucht werden, einen Anstieg der öffentlichen Partizipation bei Entscheidungsprozessen zum Gebrauch der EU-Gelder zu erreichen um einen Demokratisierungsprozess zu beschleunigen.

Schon jetzt müssen die NGOs der MOE-Staaten sich mit der Verteilung der Gelder aus der nächsten Förderperiode 2007–2013 beschäftigen und versuchen aktuell in Brüssel Einfluss auf die SF/CF zu nehmen: wie hoch werden die SF/CF sein, für welche Förderprojekte werden diese Gelder zur Verfügung gestellt, wie viel Geld wird speziell für den Umweltbereich zur Verfügung stehen, wie kann sicher gestellt werden, dass die Gelder nicht nur für Kurzzeit-Projekte sondern für nachhaltige Entwicklungsprojekte ausgegeben werden?

Netzwerkbildungen der NGOs aus den MOE-Staaten untereinander sowie mit NGOs aus der alten EU sind notwendig, um die Einflußnahme in der EU und der Kommission zu stärken und ein besseres Monitoring zu gewährleisten. Innerhalb der MOE-Staaten gilt es, die Bevölkerung mehr in Entscheidungsprozesse einzubinden, sie über die laufenden Aktivitäten zu informieren, das Management der Fonds transparenter zu machen.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament

Im Juni 2004 fanden die ersten Wahlen zum Europäischen Parlament nach der Erweiterung statt. Von den 342 Millionen Wahlberechtigten machten nur 45,5 Prozent von ihrem Wahlrecht Gebrauch. In Deutschland lag die Wahlbeteiligung bei 43 Prozent. Bündnis 90/Die Grünen schnitt dabei mit 11,9% gut ab. EU-weit setzten sich die konservativen und christdemokratischen Parteien durch, die die größte Fraktion im neuen EP stellen werden (voraussichtlich 268 Mandate). Soweit abzusehen werden die Sozialdemokraten 200 Abgeordnete haben, die Liberalen 93, die Grünen 41. Tendenz in den meisten Mitgliedstaaten war, dass die Regierungsparteien große Stimmenverluste einstecken mussten, die Wähler also eher auf nationale als auf europäische Politik reagierten. Für die Periode 2004–2009 bedeutet das Wahlergebnis auf jeden Fall, dass das Europäische Parlament ein konservativeres Gesicht hat als in den letzten Jahren. Die grüne Fraktion hat keinen Zuwachs aus den neuen Mitgliedstaaten bekommen, daher wird es für sie schwieriger werden als „Zünglein an der Waage“ zu operieren. Anscheinend sind die Sozialdemokraten eine, wie sie es nennen, „technische Allianz“ mit der EVP für die Wahl des Parlamentspräsidenten eingegangen, obwohl auch ein anderer Zusammenschluss denkbar gewesen wäre: Liberale, die Grünen, Sozialdemokraten und diverse Linke. Es ist sehr wahrscheinlich, dass diese große Koalition ein Modus Operandi des Europäischen Parlaments werden wird. Sollte dies geschehen werden wir einmal mehr erleben, wie das Parlament an Bedeutung bei der Formung Europas verliert und der Einfluss nationaler Regierungen auf die EU und ihre Entscheidungsprozesse verstärkt wird.

Der Verfassungsvertrag

Der im Juni 2003 vom Konventsvorsitzenden Giscard d'Estaing vorgelegte Entwurf eines Verfassungsvertrags wurde weitgehend verändert. Nachdem der ursprüngliche Entwurf auf der Regierungskonferenz in Brüssel unter italienischem Vorsitz im Dezember 2003 auf Ablehnung gestoßen war (vor allem durch den Widerstand von Polen und Spanien), wurde schließlich am 18. Juni 2004 ein Text, basierend auf dem Kompromissvorschlag der irischen Ratspräsidentschaft, von den Staats- und Regierungschefs der EU verabschiedet. Dieser Kompromiss beinhaltet allerdings, dass die vorgesehene Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen auf neue Politikfelder nicht stattfindet. Auch im Bereich der GASP wird es eine derartige Ausweitung nicht geben. Ein Fortschritt in diesem Bereich ist die neue Funktion eines europäischen Außenministers und eines europäischen diplomatischen Dienstes.

In Zukunft soll das Prinzip der doppelten Mehrheit gelten: 55% der Staaten die 65% der EU-Bevölkerung vertreten.

Weiterhin soll bis 2014 jeder Mitgliedstaat einen Kommissar stellen und die Anzahl der Abgeordneten im Europäischen Parlament wird auf 750 begrenzt. Die Rolle des Parlaments als Mitgesetzgeber und gleichberechtigter Teil der Haushaltsbehörde neben dem Rat wird gestärkt. Das ist als eine wesentliche Stärkung der Demokratie in Europa zu interpretieren. Schließlich wurde ein direkter Gottesbezug in der Verfassung verhindert und man einigte sich stattdessen auf einen allgemeinen Verweis auf die religiösen und kulturellen Traditionen Europas.

Leider ist der Verfassungstext durch alle Kompromisse ein relativ unlesbares Dokument geworden. Trotz aller Kritik sollte man jedoch nicht vergessen, dass er, verglichen mit dem Vertrag von Nizza, ein Fortschritt ist und auf jeden Fall zwei wesentliche Ziele verwirklicht: Erstens die Verständigung auf ein gemeinsames Wertefundament, das die Ziele und Grundwerte der Union beschreibt und auf dem sich Europa als politisches Subjekt bilden kann. Zweitens die Verständigung über eine Reform der Institutionen und Politiken der Union, die sie politisch entscheidungs- und handlungsfähig erhält und verhindert, dass aus dem Prozess der Erweiterung eine innere Lähmung der Gemeinschaft entsteht. Damit wäre es der EU möglich, ihre gewachsene politische und wirtschaftliche Rolle in der Welt stärker wahrzunehmen. Weiterhin ist wichtig, dass die Grundrechte-Charta ein integraler und rechtsverbindlicher Teil der europäischen Verfassung geworden ist. Das heißt, dass diese Grundrechte für die europäischen Bürger/innen unveräußerlich und einklagbar sind.

Die Wahl des neuen Kommissionsvorsitzenden und die neue Kommission

Auf dem Brüsseler Sondergipfel vom 29. Juni 2004 wurde der damalige portugiesische Ministerpräsident José Manuel Durão Barroso zum Nachfolger Prodis als Kommissionsvorsitzender vorgeschlagen. Gleichzeitig wurde Javier Solana in seiner Funktion als EU-Außenbeauftragter bestätigt. Auch wurde Solana für den Posten des ersten EU-Außenministers nominiert. Er wird diese Funktion aber erst ausüben können, wenn der Verfassungsvertrag in Kraft tritt. Das Europäische Parlament wird sich am 20. Juli über diese Benennung aussprechen. Barroso ist bisher europapolitisch kaum in Erscheinung getreten. In der Irak-Krise stand er an der Seite der USA und unterzeichnete den sogenannten „Brief der Acht“. Nach dem Scheitern der Nominierung des belgischen Ministerpräsidenten am Widerstand konservativer Europa-Politiker, ist Barroso als

„kleinster gemeinsamer Nenner“ zu betrachten. Ob das ausreicht, um die anstehenden großen Aufgaben voranzutreiben, bleibt fraglich.

Der Kommissionsvorsitzende wird vor dem 1. November sein Kollegium von 25 Kommissaren zusammenstellen. Darunter wird sich auch der „Superkommissar“ befinden, der mit weitreichenden Wirtschaftskompetenzen ausgestattet sein wird. Aus Deutschland wird der bisherige Erweiterungskommissar Günter Verheugen weiterhin der Kommission angehören. Seit dem 1. Mai gehören der Kommission bereits zehn Kommissar/innen aus den neuen Mitgliedsländern an.

EU-Präsidentschaften und neuer Ministerrat

Italien (1. Juli 2003 bis 1. Januar 2004): Die italienische Ratspräsidentschaft unter der Leitung von Berlusconi war von Skandalen (sein Auftritt im europäischen Parlament, bei dem er den deutschen Europaparlamentarier Schulz beleidigte), ungeschicktem Auftreten (erweckte bei Putin den Eindruck dessen Tschetschenienpolitik zu unterstützen) und Misserfolgen (Scheitern der Verfassungsverhandlungen) geprägt.

Irland (1. Januar 2004 bis 1. Juli 2004): Die irische Ratspräsidentschaft unter Leitung von Bernie Ahern tat was von ihr erwartet wurde, was schließlich zur Billigung des Verfassungsentwurfs und der Wahl des neuen Kommissionsvorsitzenden führte.

Niederlande (1. Juli 2004 bis 1. Januar 2005): Die niederländische Ratspräsidentschaft unter Leitung von Jan Peter Balkenende fällt in eine Periode des Umbruchs. Von ihr muss erwartet werden, die EU nach der Erweiterung funktionsfähig zu erhalten und die Weichen für die Zukunft zu stellen (siehe Ausblick).

Wie sich schon beim Kompromiss über die EU-Verfassung zeigte, ist der Europäische Rat nach den nationalen Wahlen in Spanien und dem Regierungswechsel in Polen wieder flexibler geworden. Es ist nicht auszuschließen, dass durch anstehende Wahlen die politische Landschaft in Europa auch auf Regierungsebene konservativer werden wird.

Die Europäische Sicherheitsstrategie, die Konsequenzen des Irak-Kriegs und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen

Am 12. Dezember 2003 verabschiedete der Europäische Rat eine leicht überarbeitete Version der im Juni in Thessaloniki vorgelegten Europäischen Sicherheitsstrategie des hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana.

Die neue Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) benennt neue Bedrohungen (Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, zerfallende Staaten und organisierte Kriminalität), behandelt die daraus hervorgehenden strategischen Ziele der GASP (auf die Bedrohungen reagieren und in den benachbarten Regionen Europas Sicherheit schaffen sowie einen effektiven Multilateralismus aufbauen) und beurteilt die politischen Konsequenzen für die EU. Sie gelangt zu dem Schluss, dass Europa seine Ziele nur in einem effektiven multilateralen Szenario internationaler Institutionen und als Partner anderer globaler und regionaler Akteure erreichen kann, so wie es auch in der Mitteilung der Kommission „Größeres Europa – Nachbarschaft: ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn“ dargelegt wird.

Der Europäische Rat hat die angehende EU-Präsidentschaft und Solana beauftragt, konkrete Vorschläge für eine Umsetzung der europäischen Sicherheitsstrategie zu erarbeiten. Diese werden sich in erster Instanz auf die Schaffung eines effektiven Multilateralismus, den Kampf gegen den Terrorismus, auf den Nahen und Mittleren Osten und auf die Situation in Bosnien und Herzegowina konzentrieren.

Die neue ESS zeigt Ähnlichkeiten mit der zuvor durch Bush vorgelegten US-Sicherheitsstrategie, vor allem in der Analyse der Bedrohungen, zeichnet sich aber dadurch aus, dass die EU eine alternative Methode für die Bekämpfung der globalen Sicherheitsprobleme entwickeln will, die ergänzend zur US Strategie funktionieren soll. In diesem Zusammenhang ist interessant, welche Unterschiede es zwischen der ursprünglichen und der endgültigen Version gibt.

Im Teil „Sicherheitsumfeld und Schlüsselbedrohungen“ ist der Akzent verlegt worden auf die Durchlässigkeit der Grenzen, auf die globale Abhängigkeit und auf die Verletzlichkeit Europas, die die EU zur Drehscheibe und Ziel des internationalen Terrorismus gemacht hat. Der Liste der ursprünglichen Bedrohungen (Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und zerfallende Staaten) wurden regionale Konflikte und organisierte Kriminalität hinzugefügt. Stärker betont werden die Zusammenhänge zwischen Terrorismus, organisierter Kriminalität und zerfallenden Staaten. Die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen wird von „der größten Bedrohung für die Sicherheit der Menschheit“ zur „potenziell größten Bedrohung für die Sicherheit Europas.“

Bei den „Strategischen Zielsetzungen“ sind die Prioritäten verschoben. Während im ursprünglichen Text die Schaffung eines Sicherheitsgürtels um Europa als erste, Multilateralismus als zweite und die Bekämpfung der Bedrohungen als dritte Priorität gesehen wurde, steht nun die Bekämpfung der Bedrohungen an erster Stelle, gefolgt vom Sicherheitsgürtel um Europa und, an dritter Stelle, Multilateralismus.

Im Abschnitt über die Konsequenzen für Europa wird schließlich hervorgehoben, dass die Zusammenarbeit mit anderen Staaten von wesentlichem Belang ist. Auch liegt der Nachdruck bei der Vermeidung von Konfliktsituationen auf Krisenprävention (nicht auf Präventivschlägen) und Krisenmanagement.

Neu im endgültigen Text sind weiterhin die Erweiterung des Maßnahmenkatalogs der EU (gemeinsame Abrüstungsoperationen, Unterstützung von Drittländern im Kampf gegen den Terrorismus, Sicherheitsreform als Teil von Institutionsaufbau), die Ankündigung einer besseren Koordination zwischen Außen- und Innenpolitik als wichtiger Bestandteil des Kampfes gegen Terrorismus und der organisierten Kriminalität und die Schaffung einer umfassenden Politik für regionale Konflikte, die auf breiter lokal-regionaler Unterstützung basieren soll.

Damit ist die ESS wider Erwarten sehr ehrgeizig ausgefallen. Das Zerwürfnis über den Irak-Krieg hat ein positives Signal zum Neuaufbruch gesetzt. Die Frage ist, ob die ehrgeizigen Zielsetzungen nach der Osterweiterung und der Abschwächung des ursprünglichen Verfassungsentwurfs auch tatsächlich konsequent verwirklicht werden können.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik

Am 12. Mai 2004 schlug die Europäische Kommission neue Schritte zur Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) vor, aufbauend auf ihrer Mitteilung „Größeres Europa – Nachbarschaft: ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn“ vom März 2003. Gleichzeitig soll die ENP auch eine Ergänzung zu der im Dezember 2003 beschlossenen Europäischen Sicherheitsstrategie sein. Die ENP richtet sich an die alten und neuen Nachbarländer der EU. Mit Russland, der Ukraine, Weißrussland und Moldau sollen „vier gemeinsame Räume“ eingerichtet werden. Im Mittelmeerraum richtet sich die ENP an alle nicht der EU angehörenden Teilnehmer der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft mit Ausnahme der Türkei, mit der die Beziehungen im Rahmen einer Vor-Beitrittspolitik gepflegt werden. Reagierend auf Kritik am ersten „Größeres Europa“-Papier, hat die Kommission den geographischen Geltungsbereich auch auf den Kaukasus (Armenien, Aserbaidschan und Georgien) ausgedehnt. Damit schließt die ENP jetzt an bei der im Dezember 2003 vom Rat verabschiedeten Europäischen Sicherheitsstrategie, in der der südliche Kaukasus als eine Region bezeichnet wird, an der die EU ein „stärkeres und aktiveres Interesse“ zeigen sollte.

Gemeinsam mit den Partnerländern sollen Prioritäten festgelegt und in gemeinsam ausgearbeitete Aktionspläne aufgenommen werden, die auf einem Bekenntnis zu gemeinsamen Werten beruhen sollen. Diese sollen schließlich zu Europäischen Nachbarschaftsabkommen führen. Ab 2007 sollen die bestehenden Programme in ein neues Finanzierungsinstrument umgesetzt werden: das Europäische Nachbarschaftsinstrument.

Der Kommissionsbericht zur Türkei

Der Türkeibericht der Kommission vom 5. November 2003 hat gezeigt, dass der Umsetzungsstand der Kopenhagener Kriterien in der Türkei immer noch mangelhaft ist. Der Europäische Rat hat mit dem 1. Januar 2005 ein konkretes Datum gesetzt, an dem die Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen gefällt werden wird und ist damit weitgehend dem deutsch-französischen Vorschlag gefolgt. Bis dahin muss die Kommission einen neuen Fortschrittsbericht vorlegen. Auch soll ein Bericht vorgelegt werden zur Einschätzung der Auswirkungen des Beitritts auf die EU. Die Türkei muss bis zum Dezember 2004 die Kopenhagener Kriterien erfüllt haben. Es liegt nun an der Türkei, die begonnen Reformen bis zur Prüfung der Beitrittsreife im Dezember 2004 umzusetzen.

Der Stand der Verhandlungen mit Rumänien, Bulgarien, Kroatien und Mazedonien

Bulgarien hat am 15. Juni 2004 die Verhandlungen über den Beitritt zur EU abgeschlossen. Ende des Jahres wird der Verhandlungsabschluss voraussichtlich vom Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs bestätigt werden. Im Herbst wird die Kommission den Fortschrittsbericht vorlegen. Der Beitritt würde dann am 1. Januar 2007 vollzogen werden.

Rumänien ist gegenüber Bulgarien in einen erheblichen Rückstand geraten. Es bleibt aber Ziel der EU, beide Balkanländer gleichzeitig beitreten zu lassen. Mit der Ausarbeitung des Beitrittsvertrages für beide Länder ist im Juli 2004 begonnen worden.

Auf dem EU-Gipfel vom 17./18. Juni 2004 wurde Kroatien der Status eines Beitrittskandidaten verliehen, obwohl man einwenden könnte, dass die Menschenrechtslage in diesem Lande nicht sehr rosig aussieht (Diskriminierung der etwa 35.000 Roma-Angehörigen und der kroatischen Bürger und Bürgerinnen serbischer Herkunft und noch nicht erfolgte Rückkehr vertriebener Flüchtlinge in die Krajina.) Die Beitrittsverhandlungen sollen Anfang 2005 aufgenommen werden.

Mazedonien bewarb sich offiziell im März 2004 um die EU-Mitgliedschaft. Es ist in diesem Zusammenhang zu hoffen, dass die Beitrittsverhandlungen mit allen Ländern, die dem früheren Jugoslawien angehörten sowie Albanien, gleichzeitig geführt werden können, um neue Spannungen in diesem Gebiet zu vermeiden.

Cancún

Das ergebnislose Ende der Tagungen in Cancún (August 2003) hat einen heftigen Schock in der Europäischen Kommission ausgelöst. Die Kommission versteht genauso wenig die kategorische Ablehnung des Südens wie sie davon überzeugt ist, sich bei der Konferenz durchweg flexibel verhalten zu haben.

Sie beschuldigt den Süden und die Vereinigten Staaten zu sehr auf ihren Positionen beharrt und dadurch das Scheitern der Verhandlungen verursacht zu haben. Laut der Kommission haben die Länder aus dem Süden in Doha das Prinzip der Verhandlung der Singapore Issues akzeptiert. Die EU, für die die Verhandlung der Singapore Issues vorrangig war, wäre also nicht im Unrecht. Der Grund der plötzlichen Kehrtwende der PED wäre das provokante Verhalten der USA im Bereich der Baumwolle.

Natürlich hatte niemand eine derartige Front des Südens vorausgesagt. Die neuen Koalitionen G90 und G20 sollten sich später als unumgängliche Verhandlungspartner herausstellen. In der Kommission beginnt der, wie sie selbst bezeichnet, „reflection mode“. Über zwei Monate wird keine einzige offizielle Stellungnahme der Kommission herausgegeben.

Am 26. November 2003 hat die Kommission in ihrer ersten offiziellen Stellungnahme seit dem Scheitern von Cancún das Engagement der EU zugunsten des Multilateralismus und die Bereitschaft, die Doha-Runde wieder aufzunehmen, bestätigt. Eine besondere Initiative im Bereich der Baumwolle wurde vorgeschlagen. Diese Position wurde durch den Ministerrat vom 8. Dezember 2003 unterstützt.

Dieses „strategische Dokument“ dient als Grundlage der Position der EU anlässlich des Treffens des Generalrates der WTO in Genf am 15. Dezember. Trotzdem bedauern einige Beobachter, dass sich diese Position nur unwesentlich von denen im Oktober 1999 (vor der Konferenz in Seattle) und im Juli 2003 (vor Cancún) unterscheidet. Noch erstaunlicher ist, dass die Kommission auch die Möglichkeit des Rückgriffes auf zwischenstaatliche Vereinbarungen nicht ausschließt, um ihre Vorschläge weiterzubringen, die auf multilateraler Ebene nicht durchzusetzen sind.

Peter Carl, Generaldirektor der DG Handel, spricht daher auch von einer „WTO der zwei Geschwindigkeiten“, nämlich einer WTO I und einer WTO II

Neue Vorschläge der EU

22. April 2004: In der Fortsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik vom Juli 2003 verändert die EU ihre Subventionspolitik für die „Mittelmeerprodukte“, wie Olivenöl, Tabak und Baumwolle. Die Ausgaben in diesem Bereich machen mit etwas mehr als 4 Milliarden Eur ungefähr 10 % des Agrarbudgets der EU aus. Die Produktion wird von Spanien, Italien und Griechenland dominiert. Die Entscheidung des Ministerrates, die mit qualifizierter Mehrheit zustande kam, beinhaltet u.a. folgende Punkte:

Tabak: Komplette Abkoppelung mit einer Übergangsperiode. Ab 2006 werden mindestens 40% der Direktförderungen abgekoppelt, 2010 erfolgt die komplette Umstellung.

Baumwolle und Olivenöl: teilweise Abkoppelung in Höhe von 65% respektive 60%.

Das Ziel dieser von Kommissar Fischler eingeleiteten Reform ist es, die EU den Regeln der WTO anzupassen und den Anschuldigungen entgegenzuhalten. Es gilt auch, ein starkes Signal an den Süden zu setzen, die sich wegen der Subventionen des Nordens an den Baumwollbereich sorgen.

Am 9. Mai 2004 ergreift die Kommission eine wichtige Initiative. In einem Brief an ihre Kollegen der WTO-Mitgliedsstaaten machen die Kommissare Pascal Lamy (Handel) und Franz Fischler (Landwirtschaft) einen neuen Vorschlag, um die steckengebliebenen Verhandlungen wieder in Schwung zu bringen. Dabei werden drei Bereiche angesprochen:

- Landwirtschaft: Die Kommission schlägt vor, die Exportsubventionen unter folgenden Bedingungen komplett abzuschaffen:

Ein strikter Parallelismus bei allen Arten der Exportunterstützung, inklusive Exportkrediten, Nahrungsmittelhilfe und staatlichen Handelsgesellschaften; Unterstützung der anderen Mitgliedsstaaten in der Frage der Inlandsunterstützung und den Nicht-Handelssorgen; Eine ausgewogene Übereinkunft über den freien Marktzugang. Was den Marktzugang der landwirtschaftlichen Produkte betrifft, bevorzugt die Kommission noch immer eine gemischte Variante („blended formula“), die den Wünschen aller betroffenen Mitgliedsstaaten entspricht.

Im Bereich der Baumwolle schlägt die Kommission vor, jegliche Form der Exportunterstützung einzustellen, den Entwicklungsländern einen freien und unbeschränkten Zugang zu den europäischen Baumwollmärkten zu schaffen und die „Inlandssubventionen, die den Markt am meisten verzerren, drastisch zu reduzieren oder zu eliminieren“.

- Singapore Issues: Die EU behält sich weiterhin vor, diese Themen während der zwischenstaatlichen Diskussionen zu verhandeln, auf Basis eines freiwilligen Engagements der Mitgliedsstaaten (Lamy unterstreicht immer wieder dass die Mercosur-Länder die Singapore Issues befürworten). Jedenfalls wünscht die Kommission Verhandlungen über das einseitige Engagement bei Handelserleichterungen aufzunehmen. Hier zeichne sich laut Kommission ein Konsens ab. Brüssel nährt auch die Hoffnung, zu einer Übereinkunft im Bereich der Transparenz der öffentlichen Märkte zu kommen.

- Entwicklung: Die Kommission macht den G90-Staaten Konzessionen. Zuerst erklärt sie sich bereit, die 27 Vorschläge über TSD anzunehmen, die schon in Cancún verhandelt wurden. Dann schlägt sie vor, im Bereich Landwirtschaft und NATIONAL AGRICULTURAL MARKETING ASSOCIATION „den Entwicklungs- und anderen schwach entwickelten Ländern und insbesondere innerhalb der G90“ eine Freifahrt zuzugestehen („A round

for free“). Einziges Engagements dieser Länder ist es, ihre Zolltarife offenzulegen und an den Verhandlungen zur Handelserleichterungen teilzunehmen.

Neben diesen drei prioritären Themen bleibt die Kommission „zuversichtlich, substantielle Ergebnisse in den Verhandlungen über Handel und Landwirtschaft zu erreichen“.

Pascal Lamy versucht ebenfalls die Frage der „Grundlegenden Standards der Arbeitsbedingungen“ in die multilateralen Verhandlungen zu integrieren.

Die Kommission plädiert auch für eine Reform der WTO, die von Pascal Lamy als „mittelalterlich“ bezeichnet wird.

Trotz aller Vorbedingungen durch die Kommission, stellen die neuen Vorschläge einen wichtigen Schritt im Verhandlungsprozess mit der WTO dar. Der Brief stellt nunmehr in einem einmaligen Dokument auch die offizielle Position der EU dar.

Die Initiative der Kommission hat drei Hauptziele:

- Mit der Idee aufzuräumen, dass die EU als einzige für den derzeitigen Verhandlungsstand seit dem Scheitern von Cancún verantwortlich ist,
- Den Süden zu beruhigen, durch die Zusagen von signifikanten Garantien,
- Ein klares Signal an die USA senden (und damit auch an Australien und Kanada). Zum Größten Teil sind diese jetzt am Zug.

Außenbeziehungen

Einige der EU-Abkommen mit Drittländern beinhalten nicht nur Handelsprovisionen sondern auch eine breite Palette an Aspekten der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit, des politischen Dialogs, Einbeziehung der Zivilgesellschaft, Menschenrechten, Demokratie etc.

In Bezug auf die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft (EMP) erkennt die Barcelona-Deklaration den essentiellen Beitrag der Zivilgesellschaft am Entwicklungsprozess der EMP an und sieht ihn als Basisfaktor für das bessere Verständnis und Zusammenleben der Völker.

Trotzdem erscheint der Einbezug der Zivilgesellschaft nicht in den Vereinbarungen der Europa-Mittelmeer-Gesellschaft. Es sind keine Mechanismen für deren direkte Beteiligung etabliert, die es ihr ermöglichen würden direkt am Formen und Implementieren der Vereinbarungen teilzunehmen.

Die folgenden Ergebnisse müssen innerhalb dieser Rahmenbedingungen gewertet werden.

Europa-Mittelmeer-Partnerschaft (EMP)

Nach dem Civil Forum in Stuttgart (1999) und dem Beginn der zweiten Intifada war das Civil Forum vollkommen eingenommen mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt. Der Dialog zwischen offiziellen Institutionen, wie dem Europa-Mittelmeer-Komitee und der Europäischen Kommission brach fast völlig zusammen. Die internen Prozesse wurden zunehmend undurchsichtiger und das Forum weniger umfassend und tendierte dazu, Israels Beteiligung der palästinensischen Minderheit auszuschließen.

Nach dem Civil Forum in Valencia (2001) fing eine Gruppe von NGOs an die Funktionalität und Effektivität des Civil Forums zu überprüfen. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat sich von Anfang an an diesem Prozess beteiligt.

Die Heinrich-Böll-Stiftung förderte die beim Environmental Civil Forum in Stuttgart entwickelte Idee eines Forums mit den folgenden Inhalten:

- Den Dialog zwischen der Europäischen Kommission, der EU-Präsidentschaft und dem Europa-Mittelmeer Komitee
- Vorbereitende Round Tables im Süden, mit Informationen über die EMP und die aktuellen Inhalte, Diskussionen über eine einheitlichen Agenda, Ergänzung eines Deklarationsentwurfs und die Wahl einer Gleichberechtigungsdelegation, die sich am Civil Forum beteiligt.
- Das Civil Forum an sich
- Feedback Round Tables um die Vorbereitungsworkshops von den Ergebnissen zu informieren
- Politische Bedeutung

Auf der Suche nach erhöhter Funktionalität hat die Gruppe der NGOs ein Strategiepapier herausgegeben, das beschreibt, welche Rolle die Zivilgesellschaft im EMP-Prozess spielen sollte und Methoden für mehr Effizienz aufzeigt, einschließlich einer neuen Struktur, nationaler Konsultationen (Vorbereitende Round Tables) und des Dialoges mit den EMP Institutionen.

Die Gruppe führte die „Euro-Mediterranean Non-Governmental Platform“ ein, welche von der Europäischen Kommission erstmals als Partner bei der Organisation des Civil Forums in Neapel (November 2003) offiziell anerkannt wurde. Wenig später begrüßten die Außenminister auf dem EU-Gipfel in Dublin die Organisation durch umfangreiche und offene nationale Beratungen der Generalversammlung im Juni 2004 und die offizielle Einführung der Europa-Mittelmeer Civil Forum Plattform. Die Kommission führte an, dass die Plattform, zusammen mit den nationalen RepräsentantInnen der Präsidentschaft, und die verantwortlichen Dienste der Kommission für die Organisation zukünftiger Civil Forums verantwortlich sein werden.

Dies ist ein großer Erfolg auch der Heinrich-Böll-Stiftung in Bezug auf die Anerkennung der Zivilgesellschaft im Rahmen der EU-Erweiterungsvereinbarungen mit Drittländern, bei denen die Zivilgesellschaft normaler-

weise völlig ausgeschlossen wird. Er wurde möglich durch die unermüdliche Arbeit von Patricia Jimenez, Direktorin des Nord/Süd-Programms.

Die EU Non-Governmental Platform begann den Öffnungsprozess bei dem Plattform Erweiterungstreffen auf Zypern im Juni 2004. Ziel der Erweiterung war es repräsentativer für die gesamte Zivilgesellschaft der Region zu werden und eine Charta und eine demokratische Struktur anzunehmen.

Die Vorbereitungen für den Europa-Mittelmeer-Gipfel und das Civil Forum unter der Präsidentschaft Luxemburgs habe begonnen und die genannten Erfolge stellen sich ein. Erstmals werden VertreterInnen der Europäischen Kommission, der EU-Präsidentschaft und der Zivilgesellschaft zusammen das Civil Forum gemeinsam vorbereiten und es wurde beschlossen, dass:

- Das Civil Forum unter der Präsidentschaft Luxemburgs im März 2005 in Marokko stattfinden wird, sofern die Teilnahme von sowohl israelischen als auch palästinensischen VertreterInnen garantiert wird
- Das Civil Forum wird in enger Zusammenarbeit zwischen der Präsidentschaft und der Kommission organisiert. Von der Zivilgesellschaft wurde beantragt auch die marokkanische Regierung mit in die Zusammenarbeit einzubeziehen.
- Die Plattform wird Informationen über die offizielle Agenda erhalten, so dass das Civil Forum darauf reagieren kann.

Ein im Süden organisiertes Civil Forum war lange Gegenstand der Bemühungen der Zivilgesellschaft. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat aktiv daran gearbeitet das Civil Forum für die Teilnahme Israels zu öffnen und konnte Fortschritte verbuchen.

Beziehungen EU–Lateinamerika

Die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika haben sich in den letzten beiden Jahren beschleunigt. Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Chile sowie der politische Dialog und die Kooperationsvereinbarungen mit Zentralamerika und der Andengesellschaft wurden unterzeichnet. Die Verhandlungen für Wirtschafts- und Partnerschaftsabkommen haben begonnen und das Mercosur-Abkommen soll im Oktober 2004 unterzeichnet werden.

Beim „Encuentro Social Europa-America Latin – Enlazando Alternativas“ (Soziale Begegnungen EU–Lateinamerika) in Guadalajara vom 23. bis 29. Mai 2004 drückten die VertreterInnen der Zivilgesellschaft ihre Opposition zu den regionalen und bilateralen Vereinbarungen trotz ihrer Bereitstellungen zum politischen Dialog, Zusammenarbeit, Menschenrechten etc. aus. Die Vereinbarungen werden als der NAFTA ähnlich angesehen.

3. Ausblick

Der Verfassungsvertrag

In mindestens neun Mitgliedsstaaten wird es Referenden geben zur Europäischen Verfassung. Wenn man die geringe Beteiligung an den Europawahlen als Europaskepsis interpretieren darf, könnte dies ein Vorzeichen dafür sein, dass dieser Verfassungsentwurf mehrheitlich auf Ablehnung stoßen wird und daher zum endgültigen Scheitern verurteilt ist. Dies würde dem Funktionieren der EU nicht zugute kommen, zumal das weitere Verfahren unklar wäre. Wahrscheinlich müsste dann ein neuer Verfassungsentwurf ausgehandelt werden.

Fortsetzung der Erweiterung

Im Jahre 2005 werden die Beitrittsverhandlungen mit Rumänien und Bulgarien fortgesetzt und mit Kroatien aufgenommen. Ende 2004 wird entschieden werden, ob Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen werden. Auch über die Bewerbung Mazedoniens muss entschieden werden.

Niederländische EU-Ratspräsidentschaft

Die niederländische Ratspräsidentschaft, die am 1.7.2004 ihr Amt angetreten hat, wird beweisen müssen, dass die EU nach der Erweiterung und vor der Ratifizierung der Verfassung handlungsfähig ist. Premier Balkenende hat drei Schwerpunkte angekündigt:

1. Die Fortsetzung der Lissabon-Strategie, deren Ziel es ist, die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen;
2. Stärkung Europas als Raum der Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit: dazu soll im November im Anschluss an das Tampere-Programm ein neues mehrjähriges Programm verabschiedet werden;
3. Die Erweiterung der Europäischen Union mittels Fortsetzung der Verhandlungen mit Bulgarien und Rumänien, einer Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zum Ende 2004. Die nächste EU-Ratspräsidentschaft, Luxemburg, wird sich mit der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien befassen müssen.

Mercosur

Zurzeit beteiligen sich die Heinrich-Böll-Stiftung Mexiko und das Heinrich-Böll-Stiftung EU Regional Office an einem von REMLC (Mexikanische Organisation, Partner der Heinrich-Böll-Stiftung Mexiko) und CIFCA (Europäisches Netzwerk von NGOs die mit Lateinamerika zusammenarbeiten) entwickelten Projekt mit dem Ziel den wirtschaftlichen und sozialen Einfluss europäischer Investments in den Bereichen Wasser und Elektrizität in Mexiko und der EU zu messen. CIFCA bereitet eine Bewerbung für eine Studie zur Methodologie eines Gesellschaftsobservatoriums im Rahmen der Vereinbarungen zwischen der EU und Mexiko vor. Auch die Gender-Einflüsse sind hoch interessant. Das Projekt WIDE 2004 konzentriert sich auf den Einfluss von Mercosur auf den Bereich Gender. Einen Gender-Paragraphen einzufügen, ähnlich einem Menschenrechts-Paragraphen, wäre ein interessantes Ziel.

Europa-Mittelmeer-Partnerschaft

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat sich weiterhin dafür eingesetzt, die Teilnahme der israelischen Zivilgesellschaft und ihrer jüdischen und nicht-jüdischen Teile im Civil Forum und nationalen Beratungen sicherzustellen. Es gibt Fortschritte zu verzeichnen, allerdings ist die jüdische Beteiligung noch nicht völlig akzeptiert. Die gesamte Arbeitskraft der Plattform (hauptsächlich Freiwillige) war sowohl der Definition der Plattform und dem Funktionieren des Civil Forums gewidmet als auch dem Etablieren von verbesserten Beziehungen zu den EMP-Institutionen. Jetzt müssen die NGOs zu ihren Hauptthemen (Menschenrechte, Nachhaltigkeit, Gender etc.) zurückkehren um die Entwicklung der EMP zu beeinflussen.

Nach Cancún

Vom 27. bis 29. Juli 2004 tagt die Generalversammlung der WTO in Genf. Ziel ist die Verabschiedung einer Rahmenvereinbarung. Falls die Verhandlungen scheitern, werden sie wahrscheinlich nicht vor 2005 wieder aufgenommen, da der politische Kalender bis Ende 2004 schon ziemlich ausgebucht ist (Wahlen in den USA, neue EU-Kommission.)

Was die EU betrifft, so hat die Polin Danuta Hübner, die zur Zeit unter den Fittichen von Kommissar Pascal Lamy in der DG Handel arbeitet, große Chancen, neue Handelskommissarin zu werden. Auch Großbritannien könnte diesen Posten besetzen. Eines ist fast sicher: Neuer Kommissionspräsident wird der konservative portugiesische Ex-Premierminister José Manuel Barroso. Er dürfte in der ersten Parlamentssitzung in Straßburg am 21. Juli 2004 bestätigt werden.

Die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung in der Region

Die Hauptaktivitäten des Büros sind auf die europäischen Institutionen gerichtet und beziehen sich auf deren Komplexität, die oft mit „Die in Brüssel“ zusammengefasst wird, so als handle es sich um eine fremde Zivilisation. Die Institutionen der EU sind Teil der BRD und gleichzeitig ist Deutschland Teil der EU und ihrer Institutionen. Das macht unsere Aktivitäten so besonders. Im Januar haben wir, zeitgleich mit dem „World Social Forum“ in Mumbai (Indien), in Bombye, einem kleinen Dorf in Belgien, ein „Youth Social Summit“ finanziert und mitorganisiert zu dem Teilnehmer aus den Niederlanden, Deutschland und Belgien kamen. Wir werden uns auch weiterhin mit den verschiedenen Gesichtern Europas sowie dem Wiederaufleben des alten Dämons Antisemitismus beschäftigen, der zwar in neuer Gestalt und in einem neuen Umfeld, aber mit den alten Vorurteilen wieder aufgetaucht ist. Die Art in der sich verschiedene Mitglieder der EU dem Phänomen des islamischen Antisemitismus gewidmet haben und auch die teilweise böartigen islamophoben Reaktionen, die seit dem 11. September in der EU auftauchen, sind Teil der regionalen Phänomene, die wir verfolgen. Die Kopftuch-Kontroverse und die Art und Weise in der die EU-Staaten darauf reagiert oder nicht reagiert haben, wurden von uns erfasst und kommentiert. Die muslimische Bevölkerung der EU ist substantiell, zahlenmäßig höher als die Bevölkerung Hollands, und beeinflusst das tägliche Leben. Den Einfluss dieser Realität auf die Europäischen Institutionen und die politischen Diskussionen wird Teil der Parameter sein, mit denen wir uns in unserer Dialogfunktion in Zukunft befassen werden.

Im Sachen gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik können wir uns als grünnaher Stiftung vor allem effizient beteiligen, wenn wir an die politischen Tradition von Ländern wie Frankreich und England, aber auch Polen anknüpfen, sie verstehen und uns daran orientieren.

Mit der Osterweiterung am 1. Mai 2004 steht die EU vor einer neuen Herausforderung. Sie wird die ethische Machart des Projekts EU auf die Probe stellen. Als erstes die große Zahl von Sinti und Roma und zweitens die 1,5 Millionen Menschen zählende russische Minderheit werden die Implementierung der „Grundrechte-Charta“ auf die Probe stellen. Diese zwei Gruppen sind nicht nur strukturell sondern auch rechtlich diskriminiert und häufig sogar ihrer Grundrechte beraubt. Das Jahr 2005 ist ein bedeutungsvolles Jahr: 10 Jahre Srebrenica, 60. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, 60 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs, 90. Jahrestag des Genozids an der Armeniern.

Anhang I: Was passierte wann?

Herbst 2003: Das „Eurobarometer“ der Kommission zeigt, dass knapp weniger als 50 Prozent der Befragten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für „eine gute Sache“ halten. Vor allem in den Gründerstaaten der EU herrscht eine bisher nicht dagewesene Europamüdigkeit.

4. Oktober 2003: Die Regierungskonferenz beginnt mit einem Gipfeltreffen. Es wird deutlich, dass viele EU-Regierungen nicht bereit sind, den Konventsentwurf unverändert zu billigen. Vor allem die Machtverteilung zwischen EU-Institutionen und den Mitgliedsstaaten erweist sich als Hindernis.

13. Oktober 2003: Der Rat nimmt die Mitteilung der Kommission „Größeres Europa – Nachbarschaft: ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn“ an.

4. November 2003: Türkei-Bericht der Kommission.

29. November 2003: Nach zweitägigen Beratungen der Außenminister kann ein Scheitern der Verfassungsprojekts nicht ausgeschlossen werden.

13. Dezember 2003: In Brüssel scheitert die geplante Unterzeichnung der Verfassung. Grund ist der Streit um die Gewichtung der Stimmen jedes Landes bei Abstimmungen im Ministerrat.

Dezember 2003: Rat verabschiedet die (überarbeitete) Europäische Sicherheitsstrategie.

23. März 2004: Mazedonien stellt einen Antrag auf Beitritt zur EU.

20. April 2004: Stellungnahme der Kommission zum Beitritt Kroatiens.

24. April 2004: Der Annan-Plan für die Wiedervereinigung Zyperns wird von der griechisch-zypriotischen Bevölkerung abgelehnt.

1. Mai 2004: EU-Erweiterung von 15 auf 25 Mitgliedstaaten und Erweiterung der EU-Kommission auf 25 Kommissare.

5. Mai 2004: Europäisches Parlament bestätigt die erweiterte Kommission.

12. Mai 2004: Kommission legt Strategiepapier zur Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) vor.

10.–13. Juni 2004: Wahlen zum Europäischen Parlament

26. Juni 2004: US–EU Gipfel

1. Juli 2004: Beginn der niederländischer Ratspräsidentschaft

Anhang II: Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung zu den Schwerpunktthemen der Stiftung sowie zu den Programmschwerpunkten

April–Oktober 2003: Bastogne, a town for peace – Educational and raise awareness Projekt, Bastogne (Belgien)

11.–17. August 2003: Summercamp in Jahorina (Sarajevo)

9.–13. September 2003: The Böll Dinner Debates (BDD) in Cancùn

17. September 2003: Böll Lunch Lecture zum Thema EU und Kaukasus mit Reinhold Brender (Europäische Kommission), Michael Emerson (Center for European Studies, Brüssel) und William Boe (Rat der Europäischen Union)

7. Oktober 2003: Böll Lunch Lecture zum Thema EU und Russland mit Paul Fritch (NATO) und Gerhard Lohan (Europäische Kommission)

8. Oktober 2003: Böll Lunch Lecture zum Thema EU und China mit Christopher Holtby (Rat der Europäischen Union) und Gudrun Wacker (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)

14. Oktober 2003: After Cancùn – Where next for Development, In Zusammenarbeit mit Solidar, CIDSE und Oxfam organisierte Konferenz zum Scheitern der WTO Konferenz in Cancùn

15. Oktober 2003: Böll Lunch Lecture zum Thema Operation ARTEMIS mit Pieter Cornelis Feith (Rat der Europäischen Union) und Professor Koen Vlassenroot (Universität Gent)

24.–28. Oktober 2003: Besuch von Eilon Schwartz und Orli Ronen-Rotem vom Henschel Center in Tel Aviv. Kontaktaufbau mit EU- und NGO-VertreterInnen

4. November 2003: Böll Lunch Lecture zur Situation in Afghanistan mit Helene Radcliffe (Europäische Kommission, Afghanistan Team), Mark Sedra (Wissenschaftler BICC) und Antti Turunen (Rat der Europäischen Union)

5. November 2003: Böll Lunch Lecture zum Thema Irak und das europäische Zerwürfnis mit Richard Escott Cox (UN/UNDP Brüssel) Lutz Holländer (Stiftung Politik und Wissenschaft, Berlin) und Michael Köhler (Europäische Kommission und Professor für „Europa und den Mittelmeerraum“ am Europakolleg Brügge)

5.–8. November 2003: Besuch von Jonatan Peled, Generaldirektor des Friendship Village, einem israelischen Zentrum für Bildung in einer multikulturellen Gesellschaft

9.–11. Dezember 2003: Besuch von Sandra Carvalho vom Global Justice Center, einer brasilianischen Menschenrechtsorganisation.

11. Dezember 2003: Böll Lunch Lecture zur Zukunft der Transatlantischen Beziehungen mit Daniel Cohn-Bendit (Mitglied des Europäischen Parlaments) und Professor Nathan Kapstein (Paul Dubrue Lehrstuhl für Nachhaltige Entwicklung, Ökonomie und Politikwissenschaften und Transatlantic Fellow, German Marshall Fund/Transatlantic Center, Brüssel)

17. Januar 2004: Alternative Youth Forum, Bombaye (Belgien)

24.–29 Februar 2004: Seminar über Struktur- und Kohäsionsfonds „Civil Society as a key actor for successful EU integration“, Brüssel

Februar–April 2004: Capacity Building für politische und zivilgesellschaftliche Aktivisten

Februar und Mai 2004: Workshops in Kooperation mit dem Climate Action Network

29.–30. März 2004: Workshop und Roundtable zum Thema Wasser mit NGO-VertreterInnen aus dem Süden

4. März 2004: Böll Dinner Debate zum Thema WTO

13.–19. März 2004: Capacity Building Projekt für türkische Umwelt-NGOs, Brüssel

10.–12. Mai 2004: Besuchsprogramm für NGO-RepräsentantInnen aus Lateinamerika und Lunch Debate: „The European Union and Mercosur: What will happen with social cohesion, democratisation and human rights?“, Brüssel

24.–27. Juni 2004: Seminar – Working Meeting über die Euromed Non-Governmental Platform in Limassol, Zypern

Juni–Juli 2004: Recherche über WTO–EU, Brüssel

Im Jahre 2004 werden die Böll Lunch Lectures in veränderter Form und in Zusammenarbeit mit anderen Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung fortgesetzt. Zum Thema der neuen Veranstaltungsreihe haben wir gewählt: wie sehen die politischen Eliten und Aktivisten in der Region die GASP und was erwarten sie von ihr. Veranstaltungen fanden/finden statt in Tbilisi (1.–2. Juni), Istanbul (16. Juni), Sarajewo (9. September), Moskau (19.–20. Oktober) und Warschau (3.–4. Dezember). Diese Veranstaltungen werden ergänzt durch „Spiegelveranstaltungen“ in Brüssel, die vorgesehen sind für die Monate September–Dezember.

Anhang III: Publikationen

September 2003: Broschüre „Die Nachwirkungen des 11. September: Neue Herausforderungen an die Gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik“ (basiert auf „Böll Lunch/Dinner Debates“ 2001/2002).

Februar 2004: Memorandum „Über die europäische Verfassung hinaus“.

Juli 2004: Broschüre „Nach dem großen Bruch – Die Gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik vor dem Hintergrund der Irakkrise“ (basiert auf den „Böll Lunch Lectures“ 2002/2003 zu diesem Thema).